Recht in der Psychotherapie

**Weiterbildung Psychotherapie mit kognitiv-behavioralem und
interpersonalem Schwerpunkt**

28. April 2023 Klaus-Grawe-Institut

Mirjam Barmet, Advokatur Barmet
Stampfenbachstrasse 142, 8006 Zürich
044 201 70 07
barmet@advokaturbarmet.ch

Kursinhalt

Der Kurs „Rechtsfragen in der Psychotherapie“ vermittelt die für die Berufspraxis der Psychotherapie wichtigsten Rechtsgrundlagen. Schwerpunkte des Kurses sind **Institutionen des Gesundheitswesens**, Fragen des **Datenschutzes**, die **Rechtsbeziehung zwischen Therapeutin und Patient**, **Berufspflichten** und **Haftung**. Die Lerninhalte werden sowohl anhand der einschlägigen Gesetzesbestimmungen als auch anhand von Fällen aus der Praxis vermittelt.

Inhaltsübersicht

Zeit	Thema
09:15 – 09:45	Begrüssung, Organisatorisches
09:45 – 10:15	Übersicht Seminarablauf, Erwartungen und Fragen
10:15 – 11:30	Relevante Institutionen des Gesundheitswesens
11:30 – 11:45	Die wichtigsten Erlasse für Psychotherapeut*innen
11:45 – 12:30	Miniworkshop I: Arbeit mit Gesetzen und Verordnungen
12:30 – 13:30	PAUSE
13:30 – 14:30	Richtiger Umgang mit Patientendaten
14:30 – 15:00	MITTAGSPAUSE
15:00 – 15:15	KESB, Gefährdungsmeldung, Urteilsfähigkeit
15:15 – 16:15	Privatrechtliche Dimension des Arzt-Patient*innenverhältnisses
16:15 – 17:00	PAUSE
17:00 – 17:15	Miniworkshop II: Case Studies
17:15 – 17:30	Praxisfragen, Praxisbeispiele und Erfahrungsaustausch
17:30 – 17:45	Feedback und Seminarabschluss

Vorstellen und Vorstellungen

- Begrüssung
- Organisatorisches
 - Anwesenheit und Abwesenheit
 - Kursbestätigung
 - Feedback
- Sammeln der Erwartungen und Fragen der Teilnehmenden

Inhaltsübersicht

- I. Relevante Institutionen des Gesundheitswesens
- II. Miniworkshop I: Arbeit mit Gesetzen und Verordnungen
- III. Richtiger Umgang mit Patientendaten
- IV. Erwachsenenschutz, KESB, Gefährdungsmeldung, Urteilsfähigkeit
- V. privatrechtliche Dimension des Arzt – Patient*innenverhältnisses
- VI. Miniworkshop II: Case Studies
- VII. Offene Fragen, Feedback, Seminarabschluss

I. Institutionen des Gesundheitswesens (i/iii)

Kompetenzen

- i. Sie kennen die für Ihre Berufspraxis wichtigsten Institutionen im Gesundheitswesen auf Bundesebene und im Kanton Zürich
- ii. Sie wissen, welche Bedeutung das BAG und die Gesundheitsdirektion Zürich für Ihre Berufspraxis haben

I. Institutionen des Gesundheitswesens (ii/iii)

Institutionen sind

- Ausdruck der föderalistischen Organisation und Rechtsordnung in der Schweiz
- sowohl privatrechtlicher als auch öffentlich-rechtlicher Natur
- Insbesondere für die Bewilligung und Aufsicht wichtig

I. Institutionen des Gesundheitswesens (iii/iii)

Bundesamt für Gesundheit (BAG)

Gesundheitsdirektion Zürich (GD)

Inhaltsübersicht

- I. Relevante Institutionen des Gesundheitswesens
- II. Miniworkshop I: Arbeit mit Gesetzen und Verordnungen
- III. Richtiger Umgang mit Patientendaten
- IV. Erwachsenenschutz, KESB, Gefährdungsmeldung, Urteilsfähigkeit
- V. privatrechtliche Dimension des Arzt – Patient*innenverhältnisses
- VI. Miniworkshop II: Case Studies
- VII. Offene Fragen, Feedback, Seminarabschluss

II. Wichtigste Erlasse – Miniworkshop (i/iv)

Kompetenzen

- i. Keine Angst vor Rechtsfragen und Gesetzen
- ii. Systematische Herangehensweise bei sich stellenden Rechtsfragen
- iii. Wissen, was zu tun ist, wann man nicht weiterweiss

II. Wichtigste Erlasse – Miniworkshop (ii/ iv)

- i. Psychotherapie als gesetzlich geregelter Beruf und Bedeutung der Regulierung
- ii. wichtigste Normen
 - Psychologieberufegesetz (PsyG; Bund)
 - Psychologieberufeverordnung (PsyV; Bund)
 - Gesundheitsgesetz (Kanton Zürich)
 - Verordnung über die psychologischen Psychotherapeutinnen und –therapeuten (PPsyV; Kanton Zürich)
 - Standesregeln ASP

II. Wichtigste Erlasse – Miniworkshop (iii/iv)

Vorbemerkung (zum Workshop)

Zu unterscheiden sind:

- **Aufsichtsrechtliche** Dimension; Berufspflichten
- **Vertragsrechtliche** Dimension; vertragliche Pflichten
- **Strafrechtliche** Dimension; strafbares Verhalten

II. Wichtigste Erlasse – Miniworkshop (iv/iv)

Vorgehen bei Rechtsfragen – Praxistipp

1. Formulieren - Wie lautet meine (Rechts)frage?
2. Eingrenzen - Welcher Erlass bzw. welche Erlasse adressieren diesen Rechtskreis?
3. Orientieren - Wo im Erlass könnte dazu etwas stehen?
4. Beantworten - Was steht dazu im Erlass?
5. Double Check: Ist meine Frage damit beantwortet?
6. Falls nicht: Wer könnte mir Auskunft geben?

Inhaltsübersicht

- I. Relevante Institutionen des Gesundheitswesens
- II. Miniworkshop I: Arbeit mit Gesetzen und Verordnungen
- III. Richtiger Umgang mit Patientendaten
- IV. Erwachsenenschutz, KESB, Gefährdungsmeldung, Urteilsfähigkeit
- V. privatrechtliche Dimension des Arzt – Patient*innenverhältnisses
- VI. Miniworkshop II: Case Studies
- VII. Offene Fragen, Feedback, Seminarabschluss

III. Richtiger Umgang mit Patientendaten (i/iix)

Kompetenzen

- i. Sie sind sensibilisiert für die Herausforderungen im Umgang mit Patientendaten und kennen die wichtigsten Begriffe
- ii. Sie sind sensibilisiert für heikle Fragen und wissen, wie sie sich helfen müssen, um eine praktikable und rechtskonforme Lösung zu finden

Richtiger Umgang mit Patientendaten - Themenübersicht (ii/iix)

1. Ausgangspunkt der Diskussion: Daten und Datenschutz
2. Patientendokumentation
3. Schweigepflicht und Auskunftsrechte

1. Daten und Datenschutz (iii/iix)

Datenschutz als Ausfluss des Persönlichkeitsrechts

Art. 28 ZGB

«¹ Wer in seiner Persönlichkeit widerrechtlich verletzt wird, kann zu seinem Schutz gegen jeden, der an der Verletzung mitwirkt, das Gericht anrufen.

² Eine Verletzung ist widerrechtlich, wenn sie nicht durch Einwilligung des Verletzten, durch ein überwiegendes privates oder öffentliches Interesse oder durch Gesetz gerechtfertigt ist.»

1. Daten und Datenschutz (iv/iix)

Datenschutzgesetz

- Zweck (Art. 1 DSG)

Schutz der Persönlichkeit und Schutz der Grundrechte

- Begriffe (Art. 3 DSG)

Personendaten: alle Angaben, die sich auf eine bestimmte oder bestimmbare Person beziehen;

besonders schützenswerte Personendaten: Daten über: 1. die religiösen, weltanschaulichen, politischen oder gewerkschaftlichen Ansichten oder Tätigkeiten, 2. die **Gesundheit**, die Intimsphäre oder die Rassenzugehörigkeit, 3. Massnahmen der sozialen Hilfe, 4. administrative oder strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen;

Bearbeiten: jeder Umgang mit Personendaten, unabhängig von den angewandten Mitteln und Verfahren, insbesondere das Beschaffen, Aufbewahren, Verwenden, Umarbeiten, Bekanntgeben, Archivieren oder Vernichten von Daten;

1. Daten und Datenschutz (v/iix)

Datenschutzgesetz

- Grundsätze der Datenbearbeitung (Art. 4 DSGVO)

«¹ Personendaten dürfen nur rechtmässig bearbeitet werden.

² Ihre Bearbeitung hat nach Treu und Glauben zu erfolgen und muss verhältnismässig sein.

³ Personendaten dürfen nur zu dem Zweck bearbeitet werden, der bei der Beschaffung angegeben wurde, aus den Umständen ersichtlich oder gesetzlich vorgesehen ist.

⁴ Die Beschaffung von Personendaten und insbesondere der Zweck ihrer Bearbeitung müssen für die betroffene Person erkennbar sein.

⁵ Ist für die Bearbeitung von Personendaten die Einwilligung der betroffenen Person erforderlich, so ist diese Einwilligung erst gültig, wenn sie nach angemessener Information freiwillig erfolgt. Bei der Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten oder Persönlichkeitsprofilen muss die Einwilligung zudem ausdrücklich erfolgen.»

2. Patientendokumentation (vi/iix)

§ 13 GesG

- Aktenführungspflicht
- Aufbewahrungspflicht
- Herausgabepflicht

3. Schweigepflicht und Auskunftsrechte (vii/iix)

- Art. 27 lit. e PsyG

«Wahrung des Berufsgeheimnisses nach Massgabe der einschlägigen Vorschriften»

→ Frage damit: Welches sind die einschlägigen Vorschriften?

- § 15 GesG

- Meldepflicht nach § 15 Abs. 3 GesG

- Anzeigerecht nach § 15 Abs. 4 GesG

3. Schweigepflicht und Auskunftsrechte (iix/iix)

Folgen der Verletzung der Schweigepflicht

- [Art. 321](#) Strafgesetzbuch (StGB): Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe
- Art. 30 PsyG: Disziplinarmaßnahmen (Verwarnung bis Berufsverbot)

Mittagspause

Inhaltsübersicht

- I. Relevante Institutionen des Gesundheitswesens
- II. Miniworkshop I: Arbeit mit Gesetzen und Verordnungen
- III. Richtiger Umgang mit Patientendaten
- IV. Erwachsenenschutz, KESB, Gefährdungsmeldung, Urteilsfähigkeit
- V. privatrechtliche Dimension des Arzt – Patient*innenverhältnisses
- VI. Miniworkshop II: Case Studies
- VII. Offene Fragen, Feedback, Seminarabschluss

IV. KESB-Themen (i/v)

Kompetenzen

- Sie kennen den rechtlichen Begriff der Urteilsfähigkeit und seine Bedeutung in der Praxis
- Sie kennen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Gefährdungsmeldungen
- Sie sind sensibilisiert für die in der Praxis oft schwierige Abwägung der auf dem Spiel stehenden Interessen

IV. KESB-Themen (ii/v)

1. Urteilsfähigkeit

- Unterscheidung zwischen Urteilsfähigkeit und Handlungsfähigkeit
- Relativität der Urteilsfähigkeit

Urteilsfähigkeit bedeutet, dass eine Person in der Lage ist, die Konsequenzen ihres Handelns richtig zu gewichten und abzuschätzen. Die Urteilsfähigkeit einer Person kann in Bezug auf bestimmte Handlungen eingeschränkt sein, in anderen hingegen nicht.

2. Bedeutung der Urteilsfähigkeit in Ihrer Praxis?

IV. KESB-Themen (iii/v)

Gefährdungssituationen bei Erwachsenen

→ Fürsorgerische Unterbringung

Gefährdungssituationen bei Kindern

→ Meldung einer Kindeswohlgefährdung

Achtung: Die Frage der Urteilsfähigkeit spielt in beiden Fällen keine Rolle!

IV. KESB-Themen (iv/v)

2. Fürsorgerische Unterbringung

- [Art. 426 ff. ZGB](#)
- Zuständig zur Anordnung: KESB (Art. 428 ZGB) bzw. Ärztinnen und Ärzte (429 ZGB)
- Voraussetzungen
 - Person leidet an einer psychischen Störung oder Person ist geistig behindert oder Person ist schwer verwahrlost
 - Person benötigt wegen einer der oben genannten Gründe Behandlung oder Betreuung
 - keine weniger weit gehende Massnahme als FU bietet genügenden Schutz
 - es steht eine geeignete Einrichtung zur Verfügung
 - Person stimmt Unterbringung nicht zu
- Wichtig: Die Urteilsfähigkeit der betroffenen Person ist für den Entscheid zur Anordnung der FU nicht massgeblich. Die FU ist bei Vorliegen der FU-Voraussetzungen dann anzuordnen, wenn eine Person der notwendigen Unterbringung nicht zustimmt.

IV. KESB-Themen (v/v)

3. Gefährdungsmeldung, insb. Kindeswohlgefährdung

Personen, die dem Berufsgeheimnis nach Art. 321 StGB unterstehen, haben **das Recht** der KESB eine Kindeswohlgefährdung zu melden, vorausgesetzt, diese Meldung liegt im Interesse des Kindes.

Kommen Personen mit Berufsgeheimnis nach sorgfältiger Abwägung zu dem Schluss, dass eine Meldung **zur Wahrung des Kindeswohls notwendig** ist, sind sie somit trotz Berufsgeheimnis berechtigt, der KESB Mitteilung zu machen.

Von diesem Melderecht sind jedoch die sog. Hilfspersonen, d.h. alle Nicht-Psycholog*innen und Nicht-Arzt*innen, ausgenommen.

Vgl. Leitfäden und Empfehlung Ärzteschaft in den Kursunterlagen

Inhaltsübersicht

- I. Relevante Institutionen des Gesundheitswesens
- II. Miniworkshop I: Arbeit mit Gesetzen und Verordnungen
- III. Richtiger Umgang mit Patientendaten
- IV. Erwachsenenschutz, KESB, Gefährdungsmeldung, Urteilsfähigkeit
- V. **privatrechtliche Dimension des Arzt – Patient*innenverhältnisses**
- VI. Miniworkshop II: Case Studies
- VII. Offene Fragen, Feedback, Seminarabschluss

V. Privatrechtliche Dimension (i/iii)

Kompetenzen

- Sie kennen die wichtigsten Punkte, die Sie beim Vertragsschluss beachten müssen
- Sie kennen die gegenseitigen Rechte und Pflichten von Psychotherapeut und Patientin
- Sie wissen, was Sie bei einer Beendigung des Mandatsverhältnisses beachten müssen

V. Privatrechtliche Dimension (ii/iii)

1. Der Behandlungsvertrag

- Zustandekommen des Vertrags
- Charakteristika des Behandlungsvertrags
- Beendigung
- Nachvertragliche Pflichten?

V. Privatrechtliche Dimension (iii/iii)

2. Vertragliche Haftung

- Haftungsvoraussetzungen (Art. 97 i.V.m. Art. 398 Abs. 2 OR)
 - Schaden
 - Verletzung vertraglicher Pflicht (vertragliche Pflichten als Ausgangspunkt vertraglicher Haftung)
 - Kausalzusammenhang
 - Verschulden

- Praxisrelevanz bitte nicht überschätzen

Inhaltsübersicht

- I. Relevante Institutionen des Gesundheitswesens
- II. Miniworkshop I: Arbeit mit Gesetzen und Verordnungen
- III. Richtiger Umgang mit Patientendaten
- IV. Erwachsenenschutz, KESB, Gefährdungsmeldung, Urteilsfähigkeit
- V. privatrechtliche Dimension des Arzt – Patient*innenverhältnisses
- VI. Miniworkshop II: Case Studies
- VII. Offene Fragen, Feedback, Seminarabschluss

Inhaltsübersicht

- I. Relevante Institutionen des Gesundheitswesens
- II. Miniworkshop I: Arbeit mit Gesetzen und Verordnungen
- III. Richtiger Umgang mit Patientendaten
- IV. Miniworkshop II: Case Studies
- V. Privatrechtliche Dimension des Arzt – Patient*innenverhältnisses
- VI. Erwachsenenschutz, KESB, Gefährdungsmeldung, Urteilsfähigkeit
- VII. Offene Fragen, Feedback, Seminarabschluss

VII. Offene Fragen, Feedback, Seminarabschluss

Noch Fragen?...

Mirjam Barmet, Advokatur Barmet
Stampfenbachstrasse 142, 8006 Zürich
044 201 70 07
barmet@advokaturbarmet.ch